

Sommer der unbequemen Wahrheiten

CHRISTINA NEUHAUS

Von 28 Hausverboten, die Basler Gartenbäder in diesem Sommer verhängt haben, wurden 21 an französische Adressen geschickt. Während die Baselbieter Polizei im Zusammenhang mit den Vorfällen unverhohlen von «jungen Franzosen mit nordafrikanischem Hintergrund» schrieb, weigerte sich Basel-Stadt lange, die Fakten zu benennen.

Nun hat auch das Erziehungsdepartement von Basel-Stadt offiziell gemacht, was lange verschleiert wurde. Nach einem Sommer voller Probleme schafft Mustafa Atici, der Erziehungsdirektor von Basel-Stadt, Transparenz. Der «Basler Zeitung» sagt er, er suche den Grund für Probleme nicht in der Nationalität. Aber: «Wenn es um jene geht, die Mühe haben, sich anzupassen, ist meine Haltung klar: Wir haben für unsere Werte und Regeln jahrhundertlang gekämpft. Wir können mit Menschen, die spät dazugekommen sind, nicht über diese Regeln verhandeln. Sie müssen einfach akzeptieren, was bei uns gilt.»

Bei den Basler Pöblern handelt es sich um dieselbe Klientel, die seit diesem Sommer das Freibad in Pruntrut nicht mehr besuchen darf: Banlieue-Jugendliche aus der französischen Nachbarschaft. Nach dem Verbot ist die Badesaison Ende

August ohne grössere Störungen zu Ende gegangen. Doch die Diskussion über die Herkunft der Störenfriede wird andauern. Während französische Politiker die Schweiz der Diskriminierung beschuldigten, schickten deutsche Medienhäuser Reporter nach Pruntrut. Nach einer Serie von sexuellen Übergriffen und Pöbeleien in deutschen Freibädern war das jurassische Städtchen zum Sehnachtsort geworden.

2024 erfasste das deutsche Bundeskriminalamt 432 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die in Bädern begangen wurden. Die Tatverdächtigen waren alle Männer – und fast 65 Prozent hatten keinen deutschen Pass. Die deutsche Statistik deckt sich mit der Erfahrung der Bademeister und der Gäste. Doch aus Angst, sich Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit vorwerfen lassen zu müssen, schauen Behördenvertreter oft weg oder verdrehen die statistische Wahrheit.

Zu Berühmtheit brachte es diesen Sommer die städtische Jugendhilfe der nordrhein-westfälischen Kleinstadt Büren bei Paderborn. Nachdem mehrere Übergriffe in Schwimmbädern bekanntgeworden waren, lancierte die Behörde eine Präventionskampagne in Bilderbuchform. Die Plakate zeigten eine rundliche Rothaarige, die einem dunkelhäutigen Jüngling mit Beinprothese an den

Je mehr verschleiert,
verwedelt, kleingeredet wird,
desto grösser wird die Wut,
und die trifft dann
nicht selten alle Ausländer.

Hintern fasst. Die Wahrheit ist offenbar erst erträglich, wenn sie verkehrt wird.

Die alljährliche Schwimmbad-Empörung ist symptomatisch für die Diskussion über importierte Regelverstösse und Gewalt. Wer die Herkunft von Straf- und Übeltätern verschweigt, handelt in der Regel in bester Absicht. Man will nicht alle Menschen aus einer bestimmten Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht stellen. Das Problem: Je mehr verschleiert, verwedelt, kleingeredet wird, desto grösser wird die Wut, und die trifft dann nicht selten alle Ausländer. Auch die, die sich tadellos verhalten.

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von vergangenem Sonntag konnte die AfD ihren Wähleranteil verdreifachen. Im Kreis Paderborn, zu dem auch Büren gehört, kam sie auf über 18 Prozent. Gewählt wurde die Rechtspartei dabei auch von erstaunlich vielen gut integrierten Wählerinnen und Wählern mit migrantischem Hintergrund.

Wer allgemeine Diskriminierung verhindern will, muss unbequeme Wahrheiten ansprechen. Eine Gesellschaft hat ein Anrecht darauf, zu wissen, ob Fehlverhalten und Gewalt in ihrer Mitte gewachsen oder importiert sind. Nur dann kann sie die richtigen Massnahmen erreichen.